



Syrien – Opfer eines weiteren „Weltordnungskrieges“

Eine Dokumentation

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 26. August 2012

Im Frühjahr 2011 brachen in Syrien Konflikte auf, die seit längerer Zeit in der Gesellschaft schwelten und der Tatsache geschuldet waren, dass die Regierung von Präsident Assad herangereifte Probleme des Landes insbesondere der inneren Demokratisierung nicht in Angriff genommen hatte.

Damals, im März 2011, gab es Proteste gegen die Politik der Regierung verbunden mit Forderungen nach Reformen und zur Demokratisierung des Landes. Die Proteste erfolgten zunächst in Daraa aber schnell folgten Proteste und Demonstrationen in kleineren Orten und Städten - immer in grenznahen Gebieten zur Türkei, zum Irak und zu Jordanien.

In Daraa war es zu Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften gekommen, die in die Menge schossen. Menschliche Opfer waren die Folge. Präsident Assad entließ daraufhin den zuständigen Gouverneur und seine Mitarbeiter und ordnete Untersuchungen der Vorkommnisse an.

Die Ereignisse wurden - teils befördert durch entsprechende Berichterstattung in arabischen und westlichen Medien - Ausgangspunkt eines Konfliktes, der das ganze Land erfasste. In kurzer Zeit nahm er den Charakter gewaltsamer bewaffneter Auseinandersetzungen an und reaktionäre arabische Regimes bemühten sich - mit Unterstützung der Westmächte, allen Voran der USA und ihrer Verbündeten - den Konflikt zu internationalisieren. Die Chance für einen „regime chance“ in der Syrischen Arabischen Republik war gegeben und bis heute wird vom Westen gnadenlos versucht, sie zu nutzen.

In der nachfolgenden Dokumentation sollen die Strategien und Akteure in diesen Auseinandersetzungen dargestellt werden.

Die großen Massenmedien entfachen den psychologischen Krieg - Ansporn für regierungsfeindliche Kräfte in Syrien

Von Anfang an wurde die Wahrnehmung des Konfliktes in Syrien von den großen elektronischen und Printmedien der westlichen Länder bestimmt. Assistenten wurden sie von arabischen Medien wie dem der staatseigene katarische Sender Al-Dschasira und der saudisch Sender Al-Arabia. Als zuverlässige Apologeten der westlichen Politik beeinflussten sie in und um Syrien die öffentliche Meinung im Sinne ihrer Auftraggeber. Dabei fällt auf, dass kaum die

Ergebnisse eigener Recherchen vor Ort eingesetzt werden. Informationen und Bildmaterial mit dubiosen, nicht nachprüfbaren Quellenangaben haben Hochkonjunktur.

Die westlichen Politiker werden ständig mit markigen Sprüchen und offenen Drohungen gegen die rechtmäßige Regierung Syriens ins Bild gesetzt. Dazu passend werden Bilder martialischer „Freiheitskämpfer“ und von Zerstörungen gezeigt. Da tauchen wiederum böse Erinnerungen an die „mediale Begleitung“ des Krieges in Libyen auf.

Syrien soll in der öffentlichen Wahrnehmung „sturmreif“ gemacht und der Opposition in und außerhalb des Landes, vor allem den bewaffneten Kräften vermittelt werden, dass die sogenannte Weltgemeinschaft an ihrer Seite steht. Das ist die Stimmung, die erzeugt werden soll – und offensichtlich nicht ohne Erfolg. Denn alles ist wohl verpackt in Bedauern um die Opfer, im Streben nach Frieden und Dialog und unbedingt mit der Verurteilung eines „blutrünstigen Regimes“ und dessen Repräsentant B. Assad.

Realistische, nachdenkliche und von Vernunft bestimmte Berichte sind die Ausnahme.

Der ehemalige Abgeordnete der CDU im Bundestag und Journalist Jürgen Todenhöfer, der mehrfach das Land bereiste und ein Interview mit Präsident Assad führte, vermerkte im Januar 2012: „Al-Dschasira und Al-Arabia produzieren kampagnerartig Meldungen, immer aus der Sicht der Opposition. Und der Westen plappert alles nach.“ (1) In einem Interview mit dem „Spiegel“ ergänzte Todenhöfer diese Aussage: „Die Rebellen bestimmen mit ihrer Medienstrategie die Wahrnehmung dieses Konflikts. Es werden Videos gefälscht, Aktivismus und Journalismus in einer sehr, sehr perfiden Weise vermischt...“ (2)

Frühzeitig wurde von Medien das „Syrien Observatory for Human Rights“ mit Sitz im englischen Coventry als eine wesentliche „Informations-Quelle“ ausgemacht.

Julia Kastein von der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ recherchierte und berichtete über die „Zentrale“: „Seit Beginn der Unruhen in Syrien ist (diese „Zentrale“) für die Weltmedien eine

1 Junge Welt, 30. Januar 2012

2 Der Spiegel, 31/2012

der meistgenutzten Quellen über die Revolution und ihre Opfer. TV-Sender, Nachrichtenagenturen, Zeitungen – alle zitieren die syrische Beobachtungsstelle.“ Hinter der „Zentrale“ verberge sich eine einzige Person: „Seine Informationen...bekommt er von 200 Informanten in ganz Syrien.“ (3)

In der algerischen „La Nouvelle Republique“ schätzte Thierry Meyssan vom Voltaire-Netzwerk bereits am 27. Dezember 2011 ein, wie die in westlichen Medien veröffentlichten Zahlen über Opfer der militärischen Auseinandersetzungen in Syrien zu bewerten sind und wer die Zahlen zusammenstellt. Auch er bezeichnet als Quelle die Ein-Mann-„Zentrale“ in Coventry. „Dieser Herr verkündet jeden Tag die Anzahl der ‚Opfer der Unterdrückung‘. Ohne seine Angaben zu belegen. Seine Behauptungen sind unüberprüfbar und daher ohne Wert. Sie werden trotzdem von allen jenen übernommen, denen sie nützlich sind.“ Auch das Hohe Kommissariat der UNO übernehme sie. (4)

Im Ergebnis solcher Zulieferungen von „Informationen“ werden Horrormeldungen und -berichte „zusammengeschustert“, die die internationale Öffentlichkeit so aufputschen sollen, auf dass sie nach „Vergeltung“ und dem schnellen „Zuschlagen“ von NATO und Golfstaaten schreie.

In einem weiteren Beitrag von Julia Kastein heißt es u. a.: „Unschuldige, früh geborene Babys. Gestorben, weil ein Diktator den Strom zu ihren Brutkästen abstellen ließ. Eindringlicher kann man die Barbarei eines Regimes kaum darstellen. In Syrien sollen über 20 Babys in Krankenhäusern ums Leben gekommen sein. Nur: So dramatisch diese Geschichten sind, so fraglich sind sie auch. Im August 2011 berichteten zunächst arabische Blogger und Twitter-Nutzer über die Babys aus Hama: Weil das Assad-Regime die Stromversorgung in mehreren Stadtteilen unterbrochen habe, seien acht Frühchen gestorben. CNN und Agence France Press griffen die Geschichte auf. Als Quelle nannten sie die ‚Syrian Observatory for Human Rights‘ in Großbritannien.“ Julia Kastein erinnert dabei an die sogenannte Brutkastenstory, die 1999 als Anlass für den ersten Golfkrieg gegen den Irak genutzt wurde. „Diese Geschichte“, so Kastein, „dient in US-Journalistenschulen heute als Standardbei-

3 Die Presse, 2. März 2012

4 zit. In: Neue Rheinische Zeitung, 11. August 2012

spiel für Propagandakriegführung. Sie war frei erfunden – von der Washingtoner PR-Firma Hill & Knowlton...“ (5)

Auch mit Opferzahlen wird manipuliert. Seit Beginn der Kämpfe in Syrien wird bewusst ausgeklammert, dass die Armee und Sicherheitskräfte einen recht hohen Anteil an den Zahlen der Opfer haben. Geschossen wird von beiden Seiten. Verluste entstehen auf beiden Seiten. Wobei besonders die Zivilbevölkerung die Leidtragende ist. Jürgen Todenhöfer kritisiert in einem „Spiegel“- Gespräch das „Massaker-Marketing“ mit Gräuelmeldungen, in denen syrische Sicherheitskräfte als Folterer und Mörder hingestellt werden. „Ich kritisiere die Desinformationskampagnen und ihr grässliches „Massaker-Marketing.“ (6) SPIEGEL - Online hatte immerhin über die von Rebellen vollzogenen „200 Hinrichtungen von Homs“, berichtet. Die deutsche Bundeskanzlerin greift solche Produkte des „Massaker Marketing“ auf und lässt ihren Regierungssprecher Seibert erklären, eine Führung, die derartige Taten in ihrem Land zulasse, habe jegliche Legitimität verloren. (7)

Zur Psychologischen Kriegführung gehört aber auch die Methode, sachliche, objektive Berichte zu ignorieren oder so zu platzieren, dass sie kaum wahrgenommen werden.

So beispielsweise geschehen mit einem Bericht der Beobachtermision der Arabischen Liga.

„Der Bericht kam unmissverständlich zum Schluss, die syrische Regierung würde in keiner Weise mit tödlichen Maßnahmen friedliche Demonstranten unterdrücken. Des Weiteren macht der Bericht bewaffnete Gruppen für Bombenanschläge auf zivile Busse, mit Diesel beladene Güterzüge, auf Busse der Polizei sowie auf Brücken und Ölleitungen verantwortlich.“ (Anmerkung: *Eine umfassende Veröffentlichung des Berichts ist nicht bekannt. Bekannt ist lediglich, dass diese Mission kurzfristig abgebrochen wurde*)

Solche Berichte passen eben nicht in das Konzept der Psychokrieger. Sie fallen deshalb unter den Redaktionstisch. (8)

5 Die Presse, 14. März 2012

6 Der Spiegel, 31/2012

7 Junge Welt, 9./10.2012

8 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Juni 2012

So machte auch der Bericht der „Berliner Morgenpost“ über Mordtaten der Rebellen im bürgerlichen Blätterwald nicht die Runde. Die hatten – nachdem Armee-Angehörige sich zurückziehen mussten – Angehörige eines Parlaments-Abgeordneten, Patienten im Krankenhaus, Familien, weil sie Sunniten waren und Bürger, weil sie bei der Revolution nicht mitmachen wollten, gemeuchelt. (9)

Eine AFP-Meldung vom 1. August 2012 über ein auf Youtube veröffentlichtes Video fand in den Medien keine besondere Verbreitung. Gezeigt wurde, wie Gefangene von Angehörigen der Freien Syrischen Armee an eine Wand gestellt und unter „Gott ist groß“-Rufen erschossen werden. (10)

Eine sehr gründliche Untersuchung des Publizisten Joachim Guilliard, die sich mit der Auffassung vom gewaltfreien Charakter der Protestbewegung in Syrien auseinandersetzte, wurde von den bürgerlichen Massenmedien ignoriert. Guilliard verweist dabei auf die Berichte unabhängiger Zeugen und die erbarmungslose Ermordung zahlreicher Sicherheitskräfte. Dies, so Guilliard, stellte selbst die der Opposition an sich wohl gesonnene International Crisis Group fest. „ Plausibler sei es, dass ‚kriminelle Netzwerke, bewaffnete Gruppen von Islamisten, von außen unterstützte Elemente und einige in Selbstverteidigung handelnde Demonstranten zu den Waffen gegriffen haben“ so die transatlantische Denkfabrik bereits im Juli 2011. „ Die beträchtlichen Verluste unter den Sicherheitskräften neben der großen Zahl von toten Zivilisten zeige weiter, dass ‚die Dynamik des Blutvergießens weitgehend im Dunkel bleibe, verhüllt durch ein Übermaß von unglaublichen Behauptungen und Gegenbehauptungen.“ (11)

Das gleiche Schicksal ignoriert zu werden, betrifft Informationen über Aktivitäten der Regierung von Präsident Assad zur gewaltfreien Beilegung des Konflikts. Erinnerung sei hier an die Zustimmung zu einer Beobachtermission der Arabischen Liga, die definitive Unterstützung des Planes von Kofi Annan und der Beschlüsse von Genf oder wichtige Aussagen aus dem Interview mit dem Journalisten Jürgen Todenhöfer.

9 Berliner Morgenpost, 23. Juni 2012

10 Berliner Zeitung, 9./10. Juni 2012

11 www.ag.friedensforschung.de/regional/Syrien

Über das von der Regierung von Präsident Assad vorbereitete und am 26. Februar 2012 durchgeführte Referendum über eine Reihe von Reformschritten zur Demokratisierung des Landes wurde nur – wenn überhaupt – marginal berichtet. Immerhin hatten 57,4 Prozent der stimmberechtigten Bürger Syriens an der Abstimmung teilgenommen.

Um die Berichterstattung syrischer Medien, möglichst zu erschweren oder ganz zu verhindern, wurden zunehmend Anschläge auf Studios von Fernseheinrichtungen verübt und Jagd auf syrische Journalisten gemacht. Mehrere von ihnen wurden bei Dreharbeiten, in ihren Wohnungen oder auf offener Straße ermordet. Proteste westlicher Regierungen oder entsprechender internationaler Berufsorganisationen blieben aus.

Abschließend zu diesem Teil soll ein Kommentar der britischen Zeitung „The Independent“ angeführt werden. Das Blatt gehört zu den wenigen Ausnahmen im Bemühen um eine objektive Berichterstattung. Am 29. Juli 2012 war dort zu lesen:

„Hat es im Nahen Osten jemals einen Krieg von solcher Heuchelei gegeben? Einen Krieg von solcher Feigheit und mieser Moral, so falscher Rhetorik und öffentlicher Erniedrigung? Wir sprechen nicht über die physischen Opfer der syrischen Tragödie, sondern über extreme Lügen und die Verlogenheit unserer politischen Führer und unserer öffentlichen Meinung – sowohl im Osten als auch im Westen – mit der auf das Gemetzel reagiert wird. Während etwa Qatar und Saudi-Sarabien die syrische Rebellen bewaffnen und finanzieren, um Assad und seine Diktatur zu stürzen, kommt von Washington kein Wort der Kritik. Präsident Barak Obama und seine Außenministerin Hillary Clinton sagen, sie wollten eine Demokratie in Syrien. Aber Qatar ist eine Autokratie und Saudi-Arabien gehört zu den bösartigsten Diktaturen in der Arabischen Welt...Und wir vergessen derweil die „große“ Wahrheit. Nämlich dass es hier um einen Versuch geht, die syrische Diktatur zu vernichten – nicht aus Liebe zu den Syrern oder aus Hass gegenüber unserem früheren Freund Baschar-al-Assad, oder wegen unserer Empörung über Russland. Nein, hier geht es in Wirklichkeit um Syriens Verbündeten Iran und den Wunsch, die Islamische Republik zu vernichten und ihre Nuklearpläne – falls diese existieren. Das hat nichts zu tun

mit den Menschenrechten oder dem Recht auf Leben oder dem Tod syrischer Babys. Was für ein Schrecken!“

Und schließlich seien hier Fragen wiedergegeben, die die „Neue Rheinische Zeitung“ an die deutsche Öffentlichkeit stellt: „Stellen wir uns die Situation in Deutschland vor. Tag für Tag würden hier Wissenschaftler, Ärzte; Professoren, Ingenieure und hochrangige Militärs ermordet, käme es zu Sabotageakten gegen das System der Elektrizitätsversorgung und zu Bombenanschlägen auf öffentliche Einrichtungen. Wie würde der deutsche Staat darauf reagieren? Was würde die deutsche Bevölkerung von der Führung ihres Landes erwarten?“ (12)

Die Dauerkampagne westlicher Politik und von Mainstream - Medien gegen das Assad-Regime soll in der internationalen Öffentlichkeit die Auffassung verankern, dass alle Handlungen gegen die syrische Regierung gerechtfertigt seien, den Menschenrechten dienen und ein Eingreifen der „Völkergemeinschaft“, sprich: der NATO , erforderten.

Strategien und Handlungen der Westmächte und ihrer arabischen Vasallen - Ansporn für regierungsfeindliche Kräfte in Syrien

Entgegen den Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates leisteten die USA, einige NATO-Staaten und die reaktionären Golfstaaten von Anfang an jenen Kräften der syrischen Opposition moralische, materiell-technische und finanzielle Unterstützung, die sowohl einen nationalen Dialog als auch einen Waffenstillstand ablehnten.

Zur politisch-„moralischen“ Unterstützung

Die Politiker des Westens hatten sich schnell auf Präsident Assad als die Inkarnation alles Bösen eingeschossen. In offiziellen Reden und Statements wurde sein Rücktritt gefordert, wobei sich besonders die US- Außenministerin Hillary Clinton hervortat. Nach dem Muster der Vorbereitung des Krieges in Libyen wurde der Aufbau bzw. die Unterstützung und politische Aufwertung von Strukturen der syrischen Opposition im Ausland vorangebracht.

Ein „Rat der Freunde Syriens“ begann, diese Aktivitäten zu koordinieren und zu bündeln.

Entgegen internationalen Rechts, insbesondere der UNO-Charta, mischten sich diese „Akteure“ in die inneren Angelegenheiten eines völkerrechtlich anerkannten souveränen Staates ein.

Es soll hier daran erinnert werden, dass die Europäische Union seit Ausbruch des Konflikts mehr als 60 Sanktionen gegen Syrien verhängt hat, die sich bereits auf das wirtschaftliche Leben der Menschen auswirken und als Einmischung in die inneren Prozesse des Landes und als Unterstützung der sogenannten Rebellen gewertet werden müssen.

Im November 2011 sagte die US-Außenministerin der syrischen Opposition Unterstützung zu. Zugleich brachte sie die Gewissheit zum Ausdruck, „ es könnte einen Bürgerkrieg mit einer sehr entschlossenen und gut bewaffneten und letztlich gut finanzierten Opposition geben“, (13)

Wenige Wochen später solidarisierte sich US-Präsident Barack Obama mit der Forderung von Teilen der syrischen Opposition, den syrischen Präsidenten Al-Assad zu stürzen. Der Sprecher des Weißen Hauses, Jay Gartner, erklärte: „Wir schließen zusätzliche Maßnahmen nicht aus, falls die internationale Gemeinschaft zu lange warten sollte und nicht die Maßnahmen ergreift, die ergriffen werden müssen.“ (14) Gemeint war offenbar, wie in Libyen, das Eingreifen der NATO.

Im Mai 2012 äußerte Obama, Assads Absetzung sei „nicht mehr eine Frage des ob, sondern nur noch eine Frage des wann.“ (15)

Zwei Monate später, Ende Juli, bekundeten Obama und der türkische Regierungschef Erdogan in einem Telefonat den „Abgang“ Assads zu „beschleunigen“. Ein Sprecher des Weißen Hauses ergänzte, beide Staatschefs würden „in engem Kontakt“ weiter darüber beraten, wie ein „demokratischer Übergang in Syrien gefördert werden könne.“ (16) Etwa zur gleichen Zeit teilte der Untersekretär im US-Außenministerium Mike Hammer mit, seine Administration bemühe sich im Zusammenwirken mit ihren Verbündeten, in Syrien „Bedingungen zu schaffen, die zu einem schnellen Kollaps des

13 zit. in: Junge Welt, 21. November 2011

14 zit. in: Junge Welt, 25. Mai 2012

15 Berliner Zeitung, 24. Februar 2012

16 Junge Welt, 1. August 2012

syrischen Regimes führen... Wir sind jetzt bereit, das zu beschleunigen.“ (17) Ansporn sollte es wohl auch für Rebellen und ausländische Söldner sein, wenn der US-amerikanische Verteidigungsminister Leon Panetta laut über den „Endkampf“ fabulierte, als er Aleppo als „Assads Sargnagel“ bezeichnete.

Im bereits erwähnten „Rat der Freunde Syriens“ spielt die US-Außenministerin Hillary Clinton als „Stichwortgeberin“ eine führende Rolle und so entsprechen die offiziellen Erklärungen führender westlicher Politiker den Vorgaben zur Unterstützung der syrischen Opposition.

Es fehlte und fehlt nicht an Versuchen die UNO – nach dem Beispiel der Aggression gegen Libyen – zu missbrauchen. Entsprechende Versuche im Sicherheitsrat sind bisher an der Haltung der Vetomächte Russland und China gescheitert. Für die Gegner der syrischen Regierung stellten sie durchaus eine politisch moralische Unterstützung dar. Ausgerechnet die reaktionären, autoritären Golfstaaten Saudi-Arabien und Katar legten der UNO-Vollversammlung einen Resolutionsentwurf vor, in dem der „Aufbau einer demokratischen Gesellschaft“ in Syrien verlangt wurde. (Anmerkung: Saudi-Arabien hatte in Bahrein die Demokratiebewegung mit Panzern zusammenschießen lassen. In Katar herrscht die Scharia. Parteien und Gewerkschaften gibt es ebenso wenig wie ein Parlament. An beide Staaten liefert die BRD Waffen u. a. Panzer vom Typ Leopard)

Die Resolution kam in der vorgeschlagenen Fassung mit der Forderung nach Assads Rücktritt, nach schärferen Sanktionen u. a. nicht zur Abstimmung. Auf Antrag von Russland, China, Indien und mehreren lateinamerikanischen Staaten wurden die Forderungen gestrichen. Doch auch ihre Endfassung, für die 133 der 193 Mitgliedsstaaten stimmten, widersprach, wie der Ständige Vertreter Russlands bei der UNO, V. I. Tschurkin darlegte, zutiefst den Anstrengungen Kofi Annans und den Genfer Vereinbarungen. „Hinter der Fassade humanitärer Rhetorik“, so Tschurkin, „versucht die Resolution eine offene Unterstützung der bewaffneten Opposition, die in allen gut bekannten Ländern aktiv gefördert, finanziert, mit Söldnern aufgefüllt und bewaffnet wird. Es ist nicht zufällig, dass

gerade diese Länder die aktivsten Unterstützer der Resolution waren.“

Zur materiell-technischen Unterstützung

Die systematische Destabilisierung Syriens wurde mit einer „Koalition von Staaten unter Koordination der USA organisiert.“ (18)

US-Drohnen „klären“ über Syrien auf. Die deutsche Bundesmarine ist, wie „Bild am Sonntag“ vom 19. August 2012 meldete, vor der syrischen Küste mit einem Spionageschiff, einem „Flottendienstboot“, im Einsatz. Ausgerüstet mit moderner Spionagetechnik des BND erfasst es Truppenbewegungen der syrischen Armee bis 600 Kilometer ins Land hinein. Die Spionageergebnisse werden an „amerikanische und britische Partnerdienste“ weitergeleitet. Diese vermitteln sie wiederum an Aufständische. „Wir können stolz darauf sein, welchen wichtigen Beitrag wir zum Sturz des Assad-Regimes leisten“, erklärte ein BND-Mann gegenüber der Zeitung. Waffenlieferungen aus Saudi-Arabien, Katar und Libyen, von US-Seite koordiniert, wurden schon frühzeitig durchgeführt, wie die „Washington Post“ recherchierte. (19)

Die CIA half beim Einsatz von Militärberatern sowie bei der Ausbildung und Ausrüstung von Mitgliedern der Freien Syrischen Armee (FSA).

Katar lieferte außer Waffen auch Kommunikationstechnologie. Der katarische Fernsehsender Dschasira versorgte die Rebellen mit Handys und Satellitentelefonen.

Eine gewichtige Rolle beim Streben nach „regime change“ spielte und spielt das NATO-Mitglied Türkei. Die türkische Regierung schuf – von Saudi-Arabien und Katar materiell unterstützt – in Adana, das in der Nähe der syrischen Grenze liegt, einen Stützpunkt und Umschlagplatz zur Unterstützung der Kämpfe gegen die syrische Regierung. In Adana werden Rebellen auf ihren Einsatz in Syrien getrimmt. „Spezialisten“, die schon in Libyen eingesetzt und dort Erfahrungen gesammelt haben, erhalten dort letzte Instruktionen für ihren Einsatz im nahegelegenen Aleppo. „Erdogan öffnet der oppositionellen Freien Syrischen Armee die Grenzen des Lan-

18 www.nrhz.de, 17. Juli 2012

19 Spiegel Online, 24. Juli 2012

des, um Geld, Waffen und Logistik nach Syrien transportieren zu können.“ Die Türkei lieferte in Krankenwagen Waffen und Munition über die völlig offene Grenze nach Syrien. Sie nimmt „offen Partei im Bürgerkrieg gegen die Regierung Assad und droht mit dem Einmarsch“, schreibt Professor Norman Paech. (20)

Zur finanziellen Unterstützung

Führende imperialistische Mächte und ölreiche Monarchien am Persischen Golf sponsern von Anfang an Rebellen und Terroristen. Die USA schossen bis Anfang August 76 Millionen Dollar für den Konflikt in Syrien zu. Im April hatten der König von Saudi-Arabien und der Emir von Katar 100 Million Dollar für die gegen Damaskus kämpfenden bewaffneten Kräfte bereitgestellt. Die Mittel waren für Waffenkäufe, die Bezahlung von Söldnern und als „Anreiz für Deserteure“ gedacht.

Der saudische König hatte außerdem eine persönliche Sammelaktion für „Hilfsgüter“ gestartet. Ende Juli waren 72 Millionen Dollar zusammengekommen.

Die britische Regierung kündigte Anfang August eine Aufstockung ihrer Kriegsbeihilfe an. Nähere Angaben über die Höhe dieser „Hilfe“ wurden nicht genannt.

So fließen Millionen und aber Millionen für Rebellen, Aufständische oder Terroristen – wie auch immer die bewaffneten Kräfte zu charakterisieren und zu bezeichnen sind.

Bemerkenswert, wie Professor Udo Steinbach, Direktor des Nahost-Instituts in Hamburg, die Situation Anfang August einschätzte: „Die Amerikaner haben nicht jetzt, sondern schon vor langer Zeit ihre Unterstützung für die Rebellen begonnen. Der relative militärische Erfolg der Rebellen wäre ohne die massive Unterstützung der Amerikaner mit Waffen und Militärberatern nicht zustande gekommen. Auch die Türkei ist involviert. Also die Weichen sind auf Konfrontation und Krieg gestellt. Und die Amerikaner werden kaum Interesse daran haben, noch einmal die Diplomatie wiederzubeleben, wenn sie nicht längst auf die militärische Karte gesetzt haben.“ (21)

20 Junge Welt, 2. August 2012

21 ARD, 3. August 2012

Oppositionelle, Rebellen, Aufständische, Söldner... who is who in der syrischen Opposition?

Westliche Politiker und Massenmedien sprachen im Allgemeinen von der „syrischen Opposition“. Inzwischen ist von „Oppositionellen“, „Rebellen“, „Aufständischen“ und „Terroristen“ die Rede. Die Differenzierung mag ihre Berechtigung haben. Dabei bleibt aber festzustellen, dass die Opposition gegen die Regierung von Präsident B. Assad und die Baath - Partei tatsächlich eine große Differenziertheit aufweist, die sowohl historische Wurzeln hat, als auch durch Ereignisse in der jüngeren Geschichte und aktuelle Anlässe hervorgerufen ist.

Nicht alle, die unzufrieden sind, nehmen an Aktivitäten der Opposition noch weniger an den bewaffneten Auseinandersetzungen teil.

Über verschiedene Gruppierungen soll hier gesprochen werden:

- Da ist zunächst der im Ausland sitzende „Syrische Nationalrat (SNR). Er möchte Führungsorgan aller oppositionellen Kräfte sein. Er lehnt seit Beginn der Auseinandersetzungen Verhandlungen mit der syrischen Regierung kategorisch ab. Die „Entmachtung des Regimes“ habe absolute Priorität. Insofern wurde diese Position auch aufrechterhalten, als Assad gegenüber Annan seine Bereitschaft zu einer Übergangsregierung bekundete. Nach libyschem Vorbild fordert der SNR eine „Flugverbotszone“ und die militärische Intervention des Westens. Viele seiner Führungskräfte pflegen seit Jahren enge Kontakte zu westlichen Geheimdiensten.
- Da ist weiter die „Freie Syrische Armee“ (FSA), die sich teilweise aus desertierten Soldaten und Offizieren der syrischen Armee rekrutiert. Ihre Führer verlangen eine völkerrechtswidrige Militärintervention ohne UNO-Mandat. (22) Die FSA setzt sich aus Oppositionellen, die schnell zu den Waffen griffen, aus Überläufern und aus ausländischen Söldnern zusammen. Ihre Reihen sind immer mehr von islamischen Gotteskriegeren durchsetzt. Beide, - SNC und FSA - haben ihren Sitz im Ausland, genießen die politische Unterstützung der westlichen Politiker, allen voran der US-amerikanischen Außenministerin Hillary Clintons und

der „Gruppe der Freunde des syrischen Volkes“ Sie werden maßgeblich von Saudi-Arabien und Katar finanziert. Die Koordination ihrer Tätigkeit besorgt die CIA.

- Da ist das „Nationale Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel“ (NCB). In ihm sind Oppositionsgruppen innerhalb des Landes vereinigt, die die gegenwärtige Regierung scharf kritisieren und bisher alle Verhandlungsangebote abgelehnt haben. Ebenso die Forderung der Arabischen Liga nach einem gesamtnationalen Dialog. Sie verweigerten auch die schriftliche Zusage, einen Waffenstillstand einzuhalten.

- Zu den Kämpfern für einen Regimewechsel gehören Al Qaida-Kräfte, Dschihadisten, die einen „Heiligen Krieg gegen die Ungläubigen“ (Schiiten, Alawiten, Christen) führen sowie Kräfte der sogenannten Al- Nusra-Front und sunnitisch-religiöse Extremisten. Viele von ihnen sind mit diesem Ziel aus anderen arabischen Ländern (Libyen) nach Syrien eingeschleust worden.

Diese islamistischen Extremisten und die hinter ihnen stehenden Golfstaaten verfolgen in Syrien rücksichtslos und brutal ihre eigenen Ziele. Zu ihrer Strategie gehört, sich in Dörfern und vor allem in Armenvierteln von Städten zu verschanzen. So in Homs, Hamas, Idlib, Damaskus, Aleppo. Die Bewohner dieser Viertel werden als „menschliche Schutzschilder“ eingesetzt. In Aleppo waren im Stadtteil Salaheddin bis zu 60 Prozent der Kämpfer Al Qaida-Anhänger.

Mitglieder der Al-Nusra-Front sind auf Bombenanschläge gegen Regierungseinrichtungen spezialisiert. Dschihadisten stellen vor allem Selbstmordattentäter. Von Al-Qaida-Elementen wurden von Ende 2011 bis Juni 2012 rund 90 Bombenanschläge in syrischen Städten verübt. Salafisten gewinnen unter den Kämpfern einen immer stärkeren Einfluss. Die FSA bekannte sich zu dem Anschlag, der in der Nähe des Hotels in Damaskus verübt wurde, in dem die UNO-Mission untergebracht ist.

Human Rights Watch konstatierte in einem Schreiben an den SNC, dass „Entführungen, Folterungen von Gefangenen, konfessionell motivierte Vergeltungsmorde und andere Gräueltaten ... oppositionellen Kräften zur Last gelegt werden.“ (23)

- Zur syrischen Opposition gehört aber auch die Bewegung „Den syrischen Staat aufbauen“. Ihr Begründer Loudy Husein kam zu der Erkenntnis: „Wir müssen zugeben, dass wir alle, die gesamte Opposition, versagt haben. Es ist uns nicht gelungen, den politischen Kampf friedlich zu halten, was er am Anfang war. Es ist uns nicht gelungen, Gewalt und Militarisierung zu verhindern...Die EU als Ganzes und einige Staaten insbesondere haben zur Eskalation hier beigetragen. Sie haben das, was hier geschieht, auf eine Ebene jenseits der politischen Auseinandersetzung gehoben, so wurde das Geschehen militarisiert und gewalttätig.“ (24) Resigniert gestand Hussein: „Als wir uns am 18. März letzten Jahres an den Protesten beteiligten, hofften wir, der 19. März würde besser sein, als der 17. März. Diese Hoffnung ist vorbei.“ Und weiter: „Ob Syrien am ‚Tag danach‘ von den Muslimbrüdern, Salafisten oder Al-Qaida geführt oder ein neues Somalia wird – der Westen wird dafür die Verantwortung tragen.“ (25)

Die Mitbegründerin dieser Bewegung, die Frauenrechtlerin Mouna Ghanem, schlussfolgert aus der Zuspitzung des Konflikts: „Konfliktlösung bedeutet, die Interessen aller Seiten zu berücksichtigen, auch die des syrischen Systems. Berücksichtigt werden müssen die Minderheiten in Syrien, die nationale Sicherheit und die Souveränität...Die Lösung des Konflikts ist Sache der Syrer, die hier im Land leben...Wir sehen täglich, dass die militärische keine Lösung ist. Niemand darf dabei helfen, dass die Syrer sich Tag für Tag gegenseitig töten. Wir waren die ersten im vergangenen Jahr, im Oktober, die zu Verhandlungen aufgerufen haben.“ (26)

In einem Interview drückte Gregorius III, seit 2000 Patriarch von Antiochia und damit höchster Vertreter von etwa 1,7 Millionen griechisch - melkitischer Katholiken im Nahen Osten, seine Besorgnisse aus: „Anfangs stand auf der einen Seite die Opposition, auf der anderen die Regierung. Und die Armee, da bin ich mir ganz sicher, hatte den Befehl, sich nur zu verteidigen, nicht anzugreifen. Aber vor einiger Zeit sind noch andere Kräfte aktiv geworden...es sind wohl zumeist Kriminelle, die das Chaos für ihre Zwecke aus-

24 Neues Deutschland, 24. Juli 2012

25 Junge Welt, 8. August 2012

26 Neues Deutschland, 12. März 2012

nutzen. Es gibt Überfälle, Entführungen und Plünderungen. Viele Christen haben deshalb Angst...“(27)

Die bedrohliche Entwicklung der Kampfhandlungen hat nun offensichtlich Mitte August 2012 das Nationale Koordinationsbüro für Demokratischen Wandel (NCB) dazu bewogen, mit einer beachtenswerten Initiative an die Öffentlichkeit zu treten: Der Bürgerkrieg müsse beendet werden. Vorgeschlagen wird ein befristeter Waffenstillstand. Er soll die Voraussetzungen für eine dauerhafte Einstellung der Kämpfe und einen nationalen Dialog schaffen. Beide Seiten sollen als ersten Schritt „ihre Gefangenen, Geiseln und Entführte freilassen“ und jede militärische Provokation unterlassen. Weiter sollen Festnahmen ohne juristische Grundlage und Entführungen verboten sein. Schließlich sollen mit Hilfe der Roten Kreuz-Organisation Hilfslieferungen an betroffene Menschen verteilt und Verletzte behandelt werden. Mit der Durchführung dieser Maßnahmen würde eine „Atmosphäre geschaffen, in der eine politische Lösung möglich ist“, so der NCB. „Mitglieder der Opposition und eine Delegation des Regimes“ könnten Gespräche aufnehmen. (28)

Ist die Diplomatie zur Lösung des Konflikts gescheitert?

Wie bereits erwähnt wurde der Konflikt in Syrien von interessierter Seite sehr frühzeitig internationalisiert. Das Ringen um seine Lösung wurde zu einem Prüfstein für das Verhalten zum Völkerrecht, zur Bereitschaft Abkommen bzw. Vereinbarungen, die auf dieser Grundlage erzielt wurden ernsthaft durchzuführen. Das betrifft die ausländischen „Akteure“ genauso wie die syrische Regierung und die Opposition. Dabei stehen sich zwei grundsätzliche Positionen gegenüber: die jener politischen Kräfte, die die sogenannten „humanitären Interventionen“ (offen oder verdeckt) mit militärischen Mitteln und allen Konsequenzen in den internationalen Beziehungen rechtmäßig machen wollen und die jener politischen Kräfte, die auf der Grundlage gültigen Völkerrechts diplomatische Lösungen von Konflikten, gewaltfrei und durch politischen Dialog herbeiführen wollen.

27 Der Tagesspiegel, 12. März 2012 / Junge Welt, 18./19. August 2012
28 Junge Welt, 18./19. August 2012

Wie bereits dargelegt hatten sich die Westmächte frühzeitig auf ein „regime change“ festgelegt, was ohne eine massive Unterstützung einer bewaffneten Opposition nicht zu machen war

Im Jahre 2011 sah es noch so aus als hätten diplomatische Lösungen eine Chance. Die Arabische Liga entsandte - mit ausdrücklicher Zustimmung der syrischen Regierung - eine Beobachtermission, die dann im Frühjahr 2012 kurzfristig beendet wurde und deren Bericht der Öffentlichkeit kaum zugänglich gemacht wurde.

Es folgte die Beobachtermission des Sondergesandten der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga Kofi Annan, ehemaliger Generalsekretär der UNO, die eine aktive diplomatische Tätigkeit entwickelte und schließlich einen Sechs-Punkte-Plan zur Beilegung des Konflikts in Syrien vorlegte.

Dieser Plan sah vor:

- Die Zusammenarbeit aller Beteiligten im politischen Prozess zur gewaltfreien Lösung des Konflikts;
- eine von der UN - Mission beobachtete Waffenruhe, die nach dem geordneten Rückzug der syrischen Truppen aus den städtischen Kampfzonen am 12. April um 05.00 Uhr MESZ in Kraft treten sollte;
- den ungehinderten Zugang von humanitären Organisationen in die von Kämpfen betroffenen Gebiete;
- die Freilassung politischer Gefangener;
- Bewegungsfreiheit für Journalisten im ganzen Land.
- Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit in Syrien. (29)

Die syrische Regierung stimmte dem Plan zu. Russland und China signalisierten volle Unterstützung. Am 12. April trat ein Waffenstillstand in Kraft. Die Führung in Damaskus erklärte, sie fühle sich dem Annan-Plan vollständig verpflichtet.

Die Haltung der Gegenseite beurteilte die Ulmer „SÜDWEST PRESSE“ so: „Die Opposition schlug jegliche politischen Gespräche von vornherein in den Wind. Sie will den Palast des Diktators mit ihren Waffen erobern. Die USA blockierten die Beteiligung des Irak an Verhandlungen, obwohl Teheran ohne Zweifel mehr Einfluss auf

das Regime in Damaskus hat als der Kreml...Und die Golfstaaten rüsten ungerührt die Rebellen aus.“ (30)

Die diplomatischen Bemühungen führten zur Beratung in Genf und die Bildung einer „Aktionsgruppe“ für die weiteren diplomatischen Aktivitäten, für die auf der Basis des Planes von Kofi Annan ein ganzes Programm vereinbart wurde. Versammelt hatten sich Chefs der UNO und der Arabischen Liga, der Außenminister Russlands, der USA, Großbritanniens, Chinas, Frankreichs, der Türkei, des Irak, Kuwaits und Katars sowie die EU-Chefdiplomatie. Die Vereinbarung sieht die Bildung einer Übergangsregierung in Syrien, eine Reform der Verfassung des Landes auf der Grundlage eines gesamtnationalen Dialogs und Mehr-Parteien-Wahlen sowie die Bildung neuer Staatsorgane vor. Die Forderung der westlichen Länder nach sofortigem Rücktritt von Präsident Assad wurde nicht in das vereinbarte Programm aufgenommen, da sie eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates bedeutet. Besonders die russische Diplomatie bestand auf dem Prinzip, dass die Syrer selbst über das Schicksal ihres Landes entscheiden müssen. Die Regierung in Damaskus stimmte auch diesem Programm zu.

Nur eine Woche später fand in Paris eine Beratung der „Gruppe der Freunde Syriens“ statt, auf der sich die US-Außenministerin Hillary Clinton über die Vereinbarung von Genf hinweg setzte und erneut den Sturz Assads forderte.

Derart angespornt lehnte der Syrische Nationalrat (SNR) für die Opposition die Vereinbarung rundweg ab, weil zunächst „das jetzige Regime entmachtet werden muss, ehe Verhandlungen über irgendwelche andere Entscheidungen aufgenommen werden.“ (31)

Ende Juli 2012 gab Kofi Annan seinen Rücktritt als Sondergesandter der UNO und der Arabischen Liga bekannt und erklärte, dass seine Bemühungen, eine diplomatische Lösung des Syrien - Konflikts gescheitert sind, was nicht zuletzt auf die „ständigen Schuldzuweisungen“ im UN-Sicherheitsrat zurückzuführen sei. In der außerordentlich komplizierten politischen Situation in und um Syrien war das eine herbe Niederlage für eine friedliche Lösung des Konflikts.

30 SÜDWEST PRESSE, 3. August 2012

31 RIA NOWOSTI, 11. Juli 2012

Bereits in Genf hatte sich K. Annan mit sehr ernsten Worten an die Verhandlungspartner gewandt: „Die Menschen in Syrien werden die großen Opfer sein und ihr Tod wird nicht nur die Folge der Taten der Mörder vor Ort sein, sondern auch die Konsequenz Eurer Unfähigkeit, die Gegensätze zwischen Euch zu überbrücken.“ (32)

Die Schuldzuweisungen für das Scheitern der Mission folgten umgehend. Die Westmächte, die von Anfang an auf „regime change“ und in diesem Sinne gemeinsam mit den Golfstaaten die syrische Opposition gefördert hatte beschuldigten die syrische Regierung und vor allem Russland, dass auf einen innersyrischen politischen Dialog bestanden hat und besteht.

Bezeichnerweise war Annans Erklärung über das Scheitern seiner Versuche von zwei internationalen Aktivitäten begleitet, die Verständnis für die Schlussfolgerung des Sondergesandten erwecken.

Das Weiße Haus in Washington informierte über ein Telefonat, das Barack Obama mit dem türkischen Premier Recep Tayyip Erdogan geführt hatte. Der Inhalt des Gesprächs: Die USA und die Türkei wollen den „Abgang“ des syrischen Präsidenten Assad „beschleunigen“. „In engem Kontakt“ sollen Wege gefunden werden, um den „demokratischen Übergang in Syrien“ zu fördern.

Die zweite Aktivität: Der US-Präsident bekannte öffentlich, dass die (bereits seit längerer Zeit in Syrien operierende) CIA und andere US-amerikanische Geheimdienste zur Unterstützung syrischer Rebellen ermächtigt seien.

Das Mandat für die UNO - Mission endet am 31. August 2012. Nach letzten Informationen wird es ein neues Mandat geben. Die Tätigkeit des Sondergesandten wird also fortgesetzt. Nachfolger Kofi Annans wird der frühere algerische Außenminister Lakhdar Brahimi.

Die Position Russlands

Russland hat – wie auch China - große Anstrengungen unternommen, um den Konflikt auf diplomatischem und friedlichem Wege zu lösen. Es hat – vornehmlich im UN-Sicherheitsrat – von seinem Veto-Recht Gebrauch gemacht, um eine militärische Intervention a la Libyen zu verhindern.

32 www.politonline.ch, 9. Juli 2012

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hatte im März vor den Außenministern der Arabischen Liga ein 5-Punkte-Programm entwickelt: Sofortiger Waffenstillstand, Überwachung durch eine ausländische Beobachtergruppe, humanitäre Hilfe für Bedürftige, Schaffung der Grundlagen für einen politischen Dialog und Ablehnung ausländischer Einmischung. Lawrow hatte zudem die „Einseitigkeit“ westlicher Stellungnahmen zu Syrien kritisiert. Seine Initiative fand in der Politik des Westens und in den Medien kaum Beachtung.

Im August wurde in einer Stellungnahme des russischen Außenministeriums konstatiert, dass die Länder des Westens und die syrische Opposition nichts für die Herstellung eines politischen Dialogs getan hätten. „Bedauerlicherweise hat die syrische Opposition alle Vorschläge zur Herstellung eines politischen Dialogs stets abgelehnt. Unsere westlichen Partner und einige Staaten der Region, die die Opposition hätten beeinflussen können, haben nichts dazu getan.“ Entgegen den Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates hätten sie „die politische, moralische, materiell-technische und finanzielle Unterstützung der syrischen Oppositionsgruppen fortgesetzt und damit die Unversöhnlichkeit der regierungsfeindlichen Kräfte faktisch angespornt.“ (33)

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hatte bereits am 15. Juni 2012 in einem in „The Huffington Post“ veröffentlichten Grundsatzartikel die Prinzipien russischer Außenpolitik mit Blick auf die Massenbewegungen in Nordafrika und der nahöstlichen Region im Allgemeinen und der Situation in Syrien im Besonderen dargelegt. Er wies zunächst darauf hin, dass sich in den Handlungen der Staaten und internationalen Organisationen zwei hauptsächliche Optionen zeigten: „den arabischen Völkern zu helfen, selbst ihr Schicksal zu bestimmen oder die Lockerung der vorher über die Maßen stringenten Gewaltstrukturen nutzend zu versuchen, nach eigenem Ermessen neue politische Realitäten ‚zusammenzuschustern.‘ ...

Russland steht, wie die überwiegende Mehrheit der Länder der Welt, auf der Seite der arabischen Völker in ihrem Bestreben nach einem besseren Leben, Demokratie und Gedeihen und ist bereit, diese Bestrebungen zu unterstützen...

Es erhebt sich die Frage ‚was tun?‘, wenn die ‚Klärung der Beziehungen‘ zwischen der Staatsmacht und der Opposition ungeachtet dessen gewaltsamen, bewaffneten Charakter angenommen hat? Die Antwort scheint offensichtlich zu sein:

Die äußeren Akteure müssen alles in ihren Kräften Stehende unternehmen, um das Blutvergießen zu beenden und die Ausarbeitung eines Kompromisses unter Teilnahme aller in den Konflikt involvierten Seiten zu gewährleisten.“

Lawrow betonte dann - wie schon bei früheren Initiativen - noch einmal, dass eine Beendigung des Blutvergießens in Syrien vor allem eine Feuereinstellung sowie einen umfassenden gesamtsyrischen Dialog mit dem Ziel verlangt, dass die Syrer selbst eine Formel für die Überwindung der Krise ausarbeiten. „Andererseits“, so hob er hervor, „führt die Orientierung auf einseitige Unterstützung der Opposition, und besonders ihres kriegerischen Teils, nicht zu einer schnellen Herstellung des Friedens in diesem Land, was aber den Aufgaben zum Schutz der Zivilbevölkerung widerspricht. Hier, so scheint es, überwiegen die Bestrebungen, einen Regimewechsel in Damaskus als Element des großen geopolitischen Spiels herbeizuführen.“

S.V. Lawrow würdigte besonders die von Kofi Annan in seinem 6-Punkte-Plan dargelegten Prinzipien und dessen Herangehensweise bei der Lösung des Konflikts: „Das Wesen der ‚sechs Prinzipien‘ von Kofi Annan (ist) - vor allem die Beendigung der Gewalt, von wem sie auch ausgehen möge - sichern und einen von den Syrern selbst geleiteten politischen Dialog beginnen, der Antworten auf die berechtigten Sorgen und Bestrebungen des syrischen Volkes bringen muss. Sein Ergebnis sollte ein neues politisches Antlitz Syriens sein, das die Interessen aller Gruppen seiner durch viele Konfessionen geprägten Gesellschaft widerspiegeln (34)

Russland hat sich bekanntlich - nach dem Ausscheiden Kofi Annans - für eine Fortsetzung der Tätigkeit eines Sondergesandten ausgesprochen.

BRD strebt eine Führungsrolle an

Anstatt ihre über so viele Jahre gepflegten guten Beziehungen zu Damaskus für eine friedliche und diplomatische Lösung des Konflikts zu nutzen, brach die Bundesregierung diese Beziehungen im Januar 2012 abrupt ab. In Abstimmung mit den USA und den Golfstaaten Saudi-Arabien und Katar setzte sie alles daran, eine militärische „Lösung“ zu erreichen. Im Januar 2012 stimmte die Bundesregierung der vom katarischen Scheich Khalifa Al Thani erhobenen Forderung nach militärischer Intervention ausdrücklich zu. (35)

Der Scheich war auch im Libyen-Krieg an der Seite der Westmächte. „Er gilt als nützlich im Bestreben, den Iran im Schach zu halten“, urteilt die „Berliner Zeitung vom 1. August 2012.

Ebenfalls Anfang 2012 äußerte BRD-Außenminister Westerwelle: „Unser Signal für Syrien und das syrische Volk ist, dass wir die Opposition unterstützen wollen.“ (36) Das syrische System und sein Präsident, übrigens langjährige Kooperationspartner der Bundesregierung, hätten „keine Zukunft mehr“, so der deutsche Außenamtschef. Er strebe eine „Führungsrolle Deutschlands“ an, meinte er, als es um die Gründung einer „Kontaktgruppe“ ging. Sie solle die Aktivitäten des Westens und seiner arabischen Verbündeten gegenüber Syrien koordinieren und damit eine „neue Dynamik“ in den Konflikt bringen. (37)

Nach wiederholten Forderungen der Bundeskanzlerin im vergangenen Jahr, den Druck auf Assad zu erhöhen, um eine „politische Lösung“, also einen „regime change“ zu erreichen, ließen Merkel und Obama nach einem Telefongespräch verlauten, da Assad gegen sein eigenes Volk vorgehe, müsse der UN-Sicherheitsrat „härtere Maßnahmen ergreifen.“ Anlass des Gesprächs war ein wiederum pünktlich zur Tagung des Sicherheitsrates inszeniertes Massaker in Syrien – dieses Mal in Masraat Al-Kubein.

Bei einem Treffen mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Nabil Elarabi, verlangte Merkel erneut ein härteres internationales Vorgehen gegen das Assad-Regime. Die EU, so die Kanzlerin, werde diese Haltung „ durch weitere Sanktionsmaßnahmen untermau-

35 German Foreign Policy, 17. Januar 2012

36 Berliner Zeitung, 24. Februar 2012

37 www.abendblatt.de, 5. Februar 2012

ern.“ Um ihre geopolitischen Ziele zu erreichen, was die wirtschaftliche Schwächung Syriens einschließt, spielte die Bundesregierung bei den EU-Sanktionsmaßnahmen eine Vorreiterrolle.

Im Juli verstieg sich Westerwelle zu der ungeheuerlichen Unterstellung, für die Eskalation der Kampfhandlungen wie auch für den Anschlag auf syrische Führungskräfte in Damaskus „trägt das Regime Assad die Verantwortung.“ (38) Schließlich „verfügte“ er: „Syrien hat mit Assad keine Zukunft. Assad muss gehen.“ (39)

Die Bundesregierung plant längst die Zeit nach Assad. Das Wort von der „Führungsrolle“ war nicht zufällig gefallen. Am 25. Juli titelte dann die Internetausgabe der „Zeit“: „Das neue Syrien kommt aus Wilmersdorf.“ Eine „ressortübergreifende Task Force Syrien“, ein „Arbeitsstab Syrien“, war in Berlin etabliert worden. Das Projekt läuft unter dem Code-Namen „Day After“.

Die Nah-Ost-Korrespondentin Karin Leukefeld legt in der „Jungen Welt“ vom 8. August 2012 Einzelheiten dar: „Die Lage spitze sich zu“, so Westerwelle. Das Assad-Regime hat die Kontrolle über Teile des Landes verloren. In einem erklärenden Zusatztext heißt es weiter: ‚Wir können annehmen, dass das Regime die volle Kontrolle über das Land nicht wiedererlangen wird. Es ist auch anzunehmen, dass Oppositionselemente dauerhaft die Kontrolle in Teilen des Landes übernehmen könnten.‘ Daraus ergäben ‚sich neue und dringende Anforderungen, auf die wir national sowie im EU- und UN-Rahmen reagieren müssen‘ ... Startzeichen für die Bekanntgabe dieser vermutlich seit langem vorbereiteten ‚Task Force Syrien‘ sei der ‚Rücktritt von Kofi Annan‘ gewesen, sagte Westerwelle... Seit Anfang des Jahres 2012 wird das Projekt unter dem Schirm der von der Bundesregierung – mit Steuergeldern – finanzierten Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP) und dem United States Institute für Peace (USIP), einem von der US-Regierung gesponserten Institut, entwickelt. Die auserwählten, der Öffentlichkeit unbekanntenen Personen syrischer Herkunft werden vom Bundesaußenministerium in Berlin und dem US-Außenministerium »mit Geld, Visa und Logistik« unterstützt. Mit der ‚Arbeitshypothese‘, dass die syrische Regierung zusammenbricht, werden Exgeneräle, Wirtschafts- und Justizexperten sowie Vertreter von Religions- und Volksgruppen aus

38 Der Tagesspiegel, 18. Juni 2012

39 Berliner Zeitung, 30. Juli 2012

der ganzen Welt nach Berlin eingeflogen. Dort beraten sie geheim darüber, wie die ‚Assad-Diktatur in eine Demokratie‘ umgewandelt werden soll.“

Das Projekt „Day After“ wird von den Arabischen Emiraten unterstützt. (40) Ziel sei, nach dem Ende des Assad-Regimes den „Umbau des bisher von Staatsunternehmen geprägten Systems zu einer liberalen Marktwirtschaft“ zu betreiben.

Der Bundesmarine, die vor der libanesischen Küste Waffenschmuggel verhindern soll, sind die umfangreichen, über den libanesischen Hafen Tripoli abgewickelten Waffenlieferungen für die syrischen Rebellen partout nicht aufgefallen!

Im NATO-Stützpunkt Adana sollen auch BND-Agenten Telefonate und Funkverkehr aus Syrien abhören. „Kein westlicher Geheimdienst hat so gute Quellen in Syrien wie der BND“, sagte ein US-Geheimdienstler zu „Bild am Sonntag“ vom 19. August.

Doch die Bundesregierung denkt nicht nur an den „Day After“. Sie gibt offenbar grünes Licht für die Lieferung von 600 bis 800 Leopard-2-Panzern an Saudi-Arabien und von bis zu 200 Kampfpanzern gleichen Typs an Katar.

Die Panzer sollen wohl dazu beitragen, die „Ordnungsfunktionen“ der beiden autoritären Mächte in der Region zu verstärken. Immerhin ist ja auch noch der „Schurkenstaat“ Iran „auszuschalten“. Und bei beiden Mächten handelt es sich nach „deutscher Lesart“ um „Länder, die bereit sind, sich in regionalen Konflikten im Sinne des Westens zu betätigen.“ (41)

Die Bundeskanzlerin dazu: „Wir müssen die Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen. Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein – dies selbstverständlich nur nach klaren und weithin anerkannten Prinzipien,“ (42) „Der Spiegel“ spricht schon von einer „Merkel-Doktrin“.

Das US-Imperium beabsichtigt die Region zu bereinigen

Syrien gehört zu den von Bush jun. bestimmten „Schurkenstaaten“. „Schurkenstaaten“ stehen auf der Abschussliste des nach globaler

40 Financial Times Deutschland, 5. Juni 2012

41 Berliner Zeitung, 1. August 2012

42 ebenda

Hegemonie strebenden US-Imperialismus. Obama hält an dem vorgegebenen Feindbild und an der seinerzeit verabschiedeten Planung für ein „Neues amerikanisches Jahrhundert“ fest.

Der bekannteste amerikanische Linguist der Gegenwart Noam Chomsky definiert den Begriff „Schurkenstaat“ so: „Wir sollten uns in jedem Fall fragen, auf Grund welcher Kriterien solche Staaten qualifiziert werden. Die Antwort lautet seit dem zweiten Weltkrieg fast immer, dass sie der Ausdehnung von USA-Macht im Wege stehen.“ (43)

2007 machte der inzwischen pensionierte US-General Wesley Clark, ehemaliger NATO-Oberbefehlshaber, in einem Vortrag kein Geheimnis aus der Anweisung, die der US-Generalstab nach dem 11. September 2001 erhalten hatte: Nämlich sieben Staaten „auszuschalten“. Clark zählte auf: „Irak, dann Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und schlussendlich Iran.“ (44)

Der Afghanistan-Krieg war bereits im vollen Gange. Der Überfall auf den Irak folgte. Israels Aggressionsakt gegen Libanon scheiterte zwar. Somalia ist ein zerbrochenes Land. Sudan besteht inzwischen aus zwei Staaten. Libyen wurde im vergangenen Jahr „ausgeschaltet“. Gemäß dem „Projekt für ein Neues amerikanisches Jahrhundert“ ist nun Syrien Objekt US-amerikanischer Machtausdehnung.

Jürgen Todenhöfer äußert über dieses Streben: „Leider versuchen die USA die gegenwärtige Situation auszunutzen und einen Mittleren Osten zu schaffen, in dem sie keine Gegner mehr haben. Deswegen soll Assad weg. Amerikafreundliche Diktatoren dürfen bleiben.“ (45)

USA und EU setzen alles daran, der gesellschaftlichen Massenbewegung in Nordafrika und Nahost die antiimperialistische Spitze zu nehmen und als ein weiteres Etappenziel nach Libyen das Baath-Regime in Syrien aus der Welt zu schaffen. Die „Junge Welt“ hatte im März kommentiert: „Noch vor einem Jahr galten alle westlichen Befürchtungen vor einer Fehlentwicklung des ‚arabischen Frühlings‘ dem Islamismus. Inzwischen agiert das Hegemoniekartell im engsten Schulterschluss mit der auf Saudi-Arabien gestützten wah-

43 zit. In: G. Grasnack, *America first*, 2. Auflage, Selbstverlag Berlin 2003, S.112

44 www.nrhz.de, 17. Juli 2012

45 zit. In: *Junge Welt*, 30. Januar 2012

habituellen Reaktion, was zu einer tatsächlichen Fehlentwicklung des arabischen Frühlings geführt hat. Die Aufstände in Libyen und Syrien markierten die konterrevolutionäre Wende des arabischen Umbruchs, die den Westen wieder fester Fuß fassen ließ.“ (46)

Ein Aktivposten stellt dabei das NATO-Mitglied Türkei dar. Seine Funktion, über die offene Grenze zu Syrien Truppen, Waffen und Munition zu schleusen, wurde schon nachgewiesen. US-Außenministerin Clinton hat nun Mitte August mit der Türkei weitere Vereinbarungen getroffen. So soll eine Flugverbotszone, wie sie die Aufständischen wiederholt verlangt haben, auf die Tagesordnung gesetzt werden. Um gegen Syrien, wie zuvor gegen Libyen, Luftschläge zu ermöglichen. „Das ist eine der Optionen, derentwegen wir die Zusammenarbeit mit der Türkei vertiefen“, so Clinton. (47) Beide Länder beschlossen außerdem eine gemeinsame Einsatzgruppe zu gründen, um sich auf „etwaige Extremfälle“ – die man bekanntlich auch selbst schaffen kann – vorzubereiten. (48)

Die liberale türkische Tageszeitung „Milliyet“ titelte am 12. August: „Amerika drückt auf den Knopf.“

„Tatsächlich handelt es sich um einen Hegemonialkonflikt, in dem der Westen seine Vormacht in den mittelöstlichen Ressourcengebieten mit aller Macht zu verteidigen sucht“, erläutert „German Foreign Policy“.

Über die geoökonomischen Interessen war aus der „Frankfurter Allgemeinen“ zu erfahren: „Den Amerikanern und der westlichen Seite geht es nicht oder nicht vorrangig darum, der bedauernswerten syrischen Bevölkerung zu helfen, sondern um Einflussnahme auf die Neugestaltung des Landes nach einem voraussichtlichen Sturz des derzeitigen Regimes, obwohl man mit diesem bisher stets gut zusammenarbeiten konnte. Mehrere seit längerem geplante, für den Westen wichtige Öl- und Gaspipelines stehen auf dem Spiel, die Saudi-Arabien und Qatar mit dem östlichen Mittelmeerraum und der Türkei verbinden und deshalb partiell durch syrisches Gebiet führen sollen.“ (49)

46 Junge Welt, 19. März 2012

47 Berliner Zeitung, 13. August 2012

48 ebenda

49 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Juli 2012

Die BRD ist schon deshalb fest in die Aktion eingebunden, da sie, wie vor allem Unions-Politiker meinen, die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen abbauen will.

Bleibt die vom US-Generalstab 2001 erwartete Aktion, „schlussendlich Iran“ auszuschalten.

Die Denkfabrik „Brookings Institution“ Washington hatte auf die Frage „Auf welchem Weg nach Persien?“ Optionen für die US-Strategie ermittelt. Der Weg nach Teheran, so die Antwort, führe über Damaskus. (50)

Eine „Ausschaltung“ Syriens würde dem Iran den wichtigsten Verbündeten nehmen. Nach Meinung des BRD-Militärexperten Lothar Rühle haben die vom Westen und den Golfstaaten inszenierten militärischen Auseinandersetzungen in Syrien für Israels Ministerpräsidenten Netanjahu die „Gelegenheit zu einem Präventivschlag gegen Iran verbessert.“

Die außenministerielle Scharfmacherin der USA Hillary Clinton war auch hier am Zündeln. Bei ihren Gesprächen in der Türkei am 11. und 12. August ermunterte sie Netanjahu mit Blick auf dessen Präventivschlag-Planungen. Netanjahu und sein Verteidigungsminister Barak ließen prompt durchblicken, dass sie einen militärischen Alleingang noch vor der US-Präsidentenwahl planen. Ihr Zivilschutzminister Matan Vilnai verriet Einzelheiten: Ein Angriff auf die iranischen Atomanlagen würde einen 30 Tage langen Krieg auslösen. In Israel würden infolgedessen 500 Menschen durch iranische Raketentreffer ums Leben kommen. Über die iranischen Opfer eines israelischen Präventivschlags und über die Folgen eines solchen Krieges für die ganze Region, möglicherweise für die ganze Welt, verlor er kein Wort. Netanjahu will jedenfalls ein erforderliches Eingreifen der USA gewährleistet sehen. Er forderte den USA-Präsidenten auf, noch vor Beginn der UNO-Generalversammlung am 23. September neue Sicherheitsgarantien für Israel zu verkünden.

In dieser für den Frieden so bedrohlichen Situation werden Russland und China auch weiterhin im UN-Sicherheitsrat den USA und den anderen NATO-Staaten ein militärisches Eingreifen verwehren. Beide Staaten haben Lehren aus dem NATO-Überfall auf Libyen

gezogen. Mit ihrer damaligen Zustimmung zu den Resolutionen 1970 und 1973, die auch eine Flugverbotszone vorsahen, hatte die russische Delegation angenommen, dass es dadurch möglich wäre, „die Möglichkeiten einer übermäßigen Gewaltanwendung zu begrenzen und den Weg zu einer politischen Lösung zu öffnen“, schrieb Sergej Lawrow in dem schon zitierten Grundsatzartikel. Und weiter: „Leider arteten die Handlungen der NATO zur Erfüllung dieser Resolutionen in ihre größte Verletzung und zur Unterstützung einer der Seiten im Bürgerkrieg aus mit dem Ziel des Sturzes des bestehenden Regimes, womit der Autorität des Sicherheitsrates Schaden zugefügt wurde.“

In diesem Artikel führt Lawrow weiter aus, „dass die Verschärfung der innersyrischen Konflikte Prozesse in Gang setzen kann, die die Lage in dem angrenzenden territorialen Großraum äußerst negativ beeinflussen würden, mit ernsthaften destruktiven Auswirkungen nicht nur auf die regionale, sondern auch auf die internationale Sicherheit. Zu den Risikofaktoren gehören: Verlust der Kontrolle über die syrisch-israelische Grenze, Komplizierung der Lage in Libanon und in anderen Ländern der Region, die Verfügung von Waffen in ‚unerwünschte Hände‘, einschließlich terroristischer Organisationen und, was möglicherweise am allergefährlichsten ist, eine Verschärfung der zwischenkonfessionellen Widersprüche und der Widersprüche innerhalb der islamischen Welt.“

Abschließend appelliert Lawrow: „Alle gemeinsam müssen sich sowohl auf das Regime als auch auf die Opposition ‚stürzen‘, um beide Seiten zu zwingen, die Kampfhandlungen zu beenden und sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Wir halten es für wichtig, dafür unverzüglich kollektive Anstrengungen zu unternehmen, indem eine internationale Konferenz der Staaten, die unmittelbar in die syrische Krise involviert sind, einberufen wird... Nur auf diese Weise handelnd kann man die nahöstliche Region vom Abgleiten in den Abgrund blutiger Kriege und Anarchie aufhalten und damit befindet man sich, wie es jetzt in Mode gekommen ist zu sagen, auf der richtigen Seite des historischen Prozesses.“ (51)

51 The Huffington Post, 15. Juni 2012